

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Mia Goller

Abg. Dr. Petra Loibl

Abg. Harald Meußgeier

Abg. Ulrike Müller

Abg. Ruth Müller

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Zum Schluss rufe ich **Tagesordnungspunkt 22** auf:

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Tierwohl braucht verlässliche Landwirtschaftspolitik - keine Streichung des Bundesprogramms zum Umbau der Tierhaltung (Drs. 19/8207)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erste Rednerin ist die Kollegin Mia Goller für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

Mia Goller (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt machen wir zum Abschluss noch eine kleine Zeitreise, bitte sehr.

(Zuruf des Abgeordneten Steffen Vogel (CSU))

Vor genau zwei Jahren war in Bayern der Jammer sehr groß. Der grüne Landwirtschaftsminister Cem Özdemir hat mehr als 1 Milliarde Euro jährlich für den Umbau der Tierhaltung im Bundeshaushalt bereitgestellt. Es gab einen Aufschrei in der CSU.

(Zuruf des Abgeordneten Steffen Vogel (CSU))

Die hat damals gesagt: Das reicht uns nicht; es müssen 4 Milliarden Euro sein. – Dann kam die neue Bundesregierung ins Amt. Endlich ein CSU-Mann, hat es geheißen; der richtet es jetzt. Was hat Alois Rainer gemacht? – Er hat das Milliardenprogramm zusammengestrichen. Fristen wurden gekürzt, Zusagen bis 2030 kassiert, und aus der CSU hat es geheißen: Das Geld geht jetzt direkt an die Länder. Das ist Bürokratieabbau usw. – Das Problem ist, diese Milliarde ist verschwunden.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Der Özdemir hat das gestrichen!)

Sie findet sich weder beim Bund noch im bayerischen Haushalt wieder. Hier geht es nicht um irgendein Förderprogramm, es geht um die Zukunft unserer Landwirtschaft. Es geht um die Zukunft landwirtschaftlicher Betriebe, die investieren wollen. Es geht um Familienbetriebe, junge Bäuerinnen und Bauern, die ihre Ställe umbauen möchten, für mehr Tierwohl und für bessere Haltungsbedingungen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Heute geht es auch um Verlässlichkeit; denn Stallumbau funktioniert nicht nach dem Motto "heute beschließen, morgen bauen, und übermorgen ist es dann fertig". Ein Stallumbau ist einfach kein Ikearegal, bei dem ich am Samstag spontan beim Nick anrufen kann und sagen: Hey, heute machen wir Außenklimabereich und Güllekonzept. – Das dauert Jahre, das kostet Geld. Banken wollen Sicherheit, und Betriebe brauchen Planungssicherheit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir hören hier ganz oft, dass das Landwirtschaftssystem relevant ist und wir uns nicht von Importen aus Ländern mit niedrigeren Standards abhängig machen wollen. Das stimmt alles; da sind wir uns einig.

(Unruhe)

Dann muss man die Betriebe, die diesen Weg gehen wollen, aber auch unterstützen. Wer Tierwohl will, muss Tierwohl auch finanzieren.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Ganz kurz: Bitte etwas mehr Ruhe, auch wenn es der letzte Tagesordnungspunkt ist. – Danke.

Mia Goller (GRÜNE): Noch eine Bemerkung von mir. Für ein Pandabärchen in München im Tierpark gibt es Millionen aus dem Etat für Landwirtschaft und Tourismus. Nicht falsch verstehen: Ich gönne den Pandas wirklich alles – schönes Gehege, Bambus, Wellness, meinetwegen eine Pandabärchentherapie, alles wunderbar. Wenn

aber heimische Landwirte ihre Ställe tiergerecht umbauen wollen, heißt es hier auch: Ach, schwierig, Haushaltslage, können wir nicht machen. – Das versteht draußen kein Mensch mehr.

(Zuruf der Abgeordneten Petra Högl (CSU))

Die Staatsregierung, die CSU, hat gute Verbindungen nach Berlin. Nutzen Sie diese Verbindungen!

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf)

Lassen Sie die Drähte glühen. Sorgen Sie dafür, dass gegebene Zusagen eingehalten werden und die Förderungen wieder dahin kommen, wohin sie gehören. Liebe CSU, holen Sie das Geld wieder zurück nach Bayern für unsere Bäuerinnen und Bauern. Die brauchen nämlich keine warmen Worte, die brauchen Planungssicherheit und eine Politik hier bei uns, auf die man sich verlassen kann. – Vielen Dank, bitte unterstützen Sie den Antrag.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächste Rednerin ist die Kollegin Dr. Petra Loibl für die CSU-Fraktion. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Dr. Petra Loibl (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegin Goller, ich frage mich wirklich, in welchem Ausschuss Sie arbeiten.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Das kann man nachlesen!)

Ich zweifle, ob Sie im Agrarausschuss zuhören, ob Sie nachlesen. Was Sie hier abgeliefert haben, hat nicht im Geringsten mit der Realität zu tun und schon gar nicht im Geringsten mit dem Antrag, den Sie gestellt haben.

(Beifall bei der CSU)

Kurz zum Begriff "Zeitreise": Der Ausschuss hat sich mit diesem Antrag zur Streichung des Bundesprogramms zum Umbau der Tierhaltung im November 2025 befasst. Heute haben wir den 9. Juni; das ist länger als ein halbes Jahr her. Das ist doch längst rum ums Eck. Ich kann es Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, leider zum fortgeschrittenen Zeitpunkt dieser Sitzung nicht ersparen, dass ich doch ein bisschen ins Detail gehe. Sie haben hier ein populistisches Horrorszenario abgezogen und mit keinem Satz erwähnt, was Bayern an Tierwohlförderung tut und wie die Argumente lauten,

(Beifall bei der CSU)

warum wir damals diesem Antrag im Ausschuss nicht zustimmen konnten.

(Benjamin Adjei (GRÜNE): Dann gebt das Geld her!)

– Das hat damit gar nichts zu tun. Das "Bundesprogramm Umbau der Tierhaltung" – nennen wir es in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit kurz BUT – wurde von der Ampel-Regierung aufgelegt. Wir haben das immer kritisch begleitet, weil das Ganze außerhalb des bewährten GAK-Rahmenplans war. Das erkläre ich jetzt nicht näher. Die, die sich damit befassen, wissen es: Das GAK-Rahmenplan-Förderprogramm bietet den Ländern eben Mitspracherecht und kümmert sich um die regionalen Besonderheiten. Das Programm, das hoch ambitioniert noch von der Ampel-Regierung auf den Weg gebracht wurde, hat nicht zu Bayern gepasst. Bayern steht zu den bewährten AFP-Fördergrundsätzen

(Lachen und Unruhe bei den GRÜNEN – Petra Högl (CSU): AFP!)

mit Mitspracherecht und mit Flexibilität für unsere Betriebe.

So, jetzt habe ich eingangs erwähnt: Es sind sieben Monate vergangen. Am 10. Dezember 2025 – vielleicht hätten Sie das nachlesen sollen – hat der PLANAK, das ist der Planungsausschuss unter Vorsitz des Bundes, mit den Stimmen der Länder beschlossen, dass Investitionsvorhaben in der Schweinehaltung ab 01.09.2026 wieder

über den bewährten AFP-Fördergrundsatz laufen. Das ist ein Erfolg für Bayern, für unsere Landwirte, auch wenn Sie das partout nicht anerkennen, hören, verstehen oder was auch immer wollen.

Sie fordern jetzt, sieben Monate später, wieder die Rückkehr zu diesem Bundesprogramm, das nie zu Bayern gepasst hat. Wir haben jetzt gehandelt und haben wieder den bewährten AFP-Fördergrundsatz. Die Zuchtsauenhaltungsförderung wurde ja nie ausgesetzt, und die Mastschweinehaltung wird jetzt aufs Gleis gesetzt. Es gibt im Jahr 2026 auch noch eine zweite Antragsrunde aus diesem Bundesprogramm, um das nicht abrupt zu beenden.

Mir ist ganz wichtig zu sagen: Mit diesem bayerischen Modell haben wir wieder eine ausgewogene Balance zwischen den hohen Ambitionen und der praktischen Umsetzbarkeit für unsere Betriebe. Ja, die verkürzten Fristen waren ein Thema auf der Agrarministerkonferenz im Herbst und jetzt wieder im März. Damals wurden ja – das wissen Sie noch – auch die Fristen bis zum August 2026 verlängert. Das war ein zielgerichtetes Handeln auf den richtigen Ebenen, und das waren nicht wie hier laute Forderungen, großes Geschrei und purer Populismus ohne irgendwelche Fakten.

Ich will zum Schluss noch mal erklären, dass Bayern sich immer konsequent für die Tierwohlförderung einsetzt, eben auf unserer Schiene, mit dem Mitspracherecht und der regionalen Passgenauigkeit. Das ist keine Kehrtwende, das ist Kontinuität.

(Unruhe bei den GRÜNEN)

– Sie amüsieren sich offensichtlich köstlich. Vielleicht erkläre ich noch weiter, damit Sie das weiter tun können.

BayProTier unterstützt 1.200 Betriebe mit der Fördersumme von über 15 Millionen Euro. Im AFP setzt Bayern seit über zehn Jahren sein gesamtes Budget zu hundert Prozent für die Tierwohlförderung ein. Andere Länder tun das nicht, sondern geben auch Geld für Maschinen und andere Betriebsinvestitionen. Im Jahr 2025 waren es

76 Millionen Euro, und voraussichtlich auch im Jahr 2026 wird es so viel sein. Jeden Tag geht ein in Bayern geförderter Tierwohlstall ans Netz. Mehr als 50 % der über das AFP in Deutschland geförderten Betriebe sind in Bayern. Insgesamt stellt Bayern jährlich mehr als 100 Millionen Euro, knapp 300.000 Euro täglich, für Betriebe mit besonders tierwohlgerechter Haltung bereit. Aus meiner Sicht, aus unserer Sicht, gibt es keinen besseren Beweis für Verlässlichkeit.

Zur Finanzausstattung der GAK, weil das Thema Geld immer wieder stark dramatisiert wird: Für 2026 und die Folgejahre sind im Bundeshaushalt stabil 907 Millionen Euro eingeplant. Bayern setzt sich dafür ein – und daraus werden wir den Bund auch nicht entlassen –, dass die Mittel für Tierwohl ab 2027 auch spürbar aufgestockt werden.

Wir stehen für eine verlässliche, regionale und praxisnahe Landwirtschaftspolitik. Wir stehen zu unseren bäuerlichen Familienbetrieben. In dem einen Antrag werden die Tierhalter an den Pranger gestellt. Im nächsten Antrag wird komplett negiert, was Bayern für die Tierwohlställe und für die Tierwohlförderung macht. Da soll noch einer verstehen, wohin Sie wollen.

Wir stehen für Tierwohl als echten Wert, nicht als politisches Instrument, wie es gerade in die Tageslage passt. Ich erkläre es noch mal: Die Investitionsförderung wird künftig wieder über die GAK laufen, regional angepasst, zielgerichtet, mit Mitsprache Bayerns. Das ist der richtige Weg für unsere Landwirte, und darum werden wir diesem Antrag sieben Monate später auch nicht zustimmen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Als nächstem Redner erteile ich dem Abgeordneten Harald Meußgeier für die AfD-Fraktion das Wort. Bitte schön.

(Beifall bei der AfD)

Harald Meußgeier (AfD): Verehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren!
"Tierwohl braucht verlässliche Landwirtschaftspolitik – keine Streichung des Bundes-

programms zum Umbau der Tierhaltung" – so lautet der Titel des Antrags der GRÜNEN. Die Kollegin von der CSU, Frau Loibl, hat ja schon das bayerische Modell erklärt. Ich werde bei meiner Rede heute speziell auf den Antrag der GRÜNEN eingehen. Würde man den Antrag dem Titel nach beurteilen, dann könnte man zweifellos zustimmen. Denn Tierwohl geht uns ja bekanntlich alle an, und unsere landwirtschaftlichen Betriebe sollen unterstützt werden, wenn sie Ställe verbessern, mehr Plätze schaffen und dafür investieren wollen.

Nur wäre es kein grüner Antrag, wenn da nicht noch mehr unter der Überschrift stünde. Und da beginnt die Fassade schon zu bröckeln. Das Motto der GRÜNEN lautet eben nicht: Wir helfen der Landwirtschaft. – Nein, vielmehr wird schnell klar, dass es wieder mal um Bürokratieaufbau und staatlichen Zwang gehen soll. Der Antrag fordert nämlich ausdrücklich die Umsetzung der Ergebnisse der Borchert-Kommission und der ZKL, der Zukunftskommission Landwirtschaft. Aber genau da liegt der Hase im Pfeffer oder, besser gesagt, der Landwirt in der Nessel.

Die Borchert-Kommission steht nicht einfach für ein bisschen mehr Förderung. Sie steht für einen tiefen staatlichen Umbau der gesamten Tierhaltung. Nach den Borchert-Vorstellungen sollen die gesetzlichen Mindeststandards schrittweise angehoben werden. Aber was bedeutet das für unsere Bäuerinnen und Bauern? – Weitere Kreditaufnahmen, mehr Bauanträge stellen, die Genehmigungen abwarten, noch eine Auflage erfüllen, noch ein Gutachten bezahlen und noch mehr Bürokratie schultern. Am Ende steht der Landwirt wieder vor der alles entscheidenden Frage: Mache ich weiter, oder höre ich auf? Genau das ist nämlich die Realität, verehrte Kolleginnen und Kollegen der Fraktion der GRÜNEN.

Wir wollen freie heimische Landwirte, denen man keine Zwangsfesseln anlegt. Zumal viele Ställe baulich massiv verändert oder gar gänzlich neu gebaut werden müssten, wenn man den Empfehlungen der Kommissionen folgen sollte. Würde man die Tierwohlanforderungen derart steigern, müsste man beispielsweise in der Sauen- und Ferkelaufzucht mit rund 75 % an Mehrkosten rechnen. Dass unsere Landwirte das

stemmen können, bezweifle ich. Das wäre eine finanzielle Mehrbelastung, und viele Landwirte stehen ja bereits mit dem Rücken zur Wand.

Zu oft wird über die Köpfe der Bauern hinweg entschieden, statt sie einzubinden. Wir sagen ganz klar: Tierwohl darf nicht dazu führen, dass sich normale Bürger keine heimischen Lebensmittel mehr leisten können. Wir sagen auch: Es hilft keinem Tier, wenn wir die bayerischen Bauern aus dem Markt drängen. Was passiert, wenn unsere Bäuerinnen und Bauern unter der Last von Auflagen, Kosten und Bürokratie aufgeben? – Genau, dann kommt das Fleisch eben aus dem Ausland, oder die Milchprodukte, die Eier und der Käse kommen aus Ländern, die nicht unsere bayerischen Standards haben.

Die Folgen wären fatal: Längere Tiertransportwege, und mit dem Tierwohl wäre es dann vorbei. Wer es mit dem Tierwohl ernst meint, muss die Tierhaltung im eigenen Land halten. Wer regionale Lebensmittel will, muss unsere Bauern vor Ort stärken. Wer bayerische Qualität will, darf bayerische Höfe nicht kaputtregulieren. Diesen Unsinn macht die bayerische AfD nicht mit. Tierwohl geht nur mit den Bauern, nicht gegen die Bauern. Wir wollen heimische Lebensmittel statt Importabhängigkeit. Wir wollen echte Förderung statt Gängelung. Deshalb lehnen wir diesen Antrag ab.

(Beifall bei der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bleiben Sie bitte am Rednerpult. Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Mia Goller vor.

Mia Goller (GRÜNE): Herr Meußgeier von der AfD, ich muss noch einmal nachfragen: Die AfD ist gegen die Umsetzung der Vorschläge der Borchert-Kommission und der Zukunftskommission. Sie behaupten, dass hier keine Landwirte einbezogen worden seien. Das sind zwei Gremien, die darauf basieren, dass Landwirte einbezogen werden. Die Kommissionen haben die Aufgabe, die besten Lösungen zu finden. In diesem Antrag geht es darum, dass die Bäuerinnen und Bauern unterstützt werden müssen.

Was Sie beschreiben, würde bedeuten: Lassen wir alles zusammenfallen und kümmern uns nicht mehr darum. Wir wollen dagegen eine starke Landwirtschaft, die den Bäuerinnen und Bauern das beste Einkommen ermöglicht und den Tieren das größte Tierwohl, das möglich ist. Das haben die Landwirtinnen und Landwirte gemeinsam mit Experten in dieser Borchert-Kommission beschlossen.

Meine Frage, um es abzukürzen: Ist die AfD gegen die Umsetzung der Vorschläge der Borchert-Kommission und der Zukunftskommission? Das finde ich spannend.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Harald Meußgeier (AfD): Sie können es selbst im Internet nachlesen. Die Borchert-Kommission hat im Jahr 2022 dieses Konstrukt gebildet. Das ist richtig. Aber bei der Umsetzung und der Bezahlung war sich diese Kommission nicht einig. Wenn diese Kosten auf die Landwirtschaft umgelegt würden, könnte dies die Landwirtschaft niemals schultern.

(Beifall bei der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Ulrike Müller für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Bitte schön.

Ulrike Müller (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herzlichen Dank, dass Sie mir am Schluss noch zuhören. – Tierwohl ist kein Schlagwort. Tierwohl ist die tägliche Verantwortung auf unseren Höfen, und es ist das Ergebnis harter Arbeit von Bäuerinnen und Bauern, die ihre Tiere versorgen, in moderne Ställe investieren und dabei gleichzeitig wirtschaftlich überleben müssen. Das sind die Fakten.

Deshalb gilt für uns FREIE WÄHLER ganz klar: Wer mehr Tierwohl will, muss den Landwirten verlässliche Rahmenbedingungen bieten. Genau in diesem Punkt haben die GRÜNEN mit ihrem Antrag zunächst einmal recht; denn Stallumbauten sind Investitionen für Jahrzehnte. Wer mehrere 100.000 Euro oder sogar Millionenbeträge inves-

tieren soll, braucht Planungssicherheit, Genehmigungssicherheit und eine langfristig verlässliche Förderpolitik.

Genau an dieser Stelle beginnt das Problem dieses Antrags. Das Bundesprogramm zum Umbau der Tierhaltung wurde von Cem Özdemir, dem damaligen Bundeslandwirtschaftsminister, entwickelt und eingeführt. Die GRÜNEN waren also nicht Zuschauer, sondern Mitverantwortliche für die Konzeption, Ausgestaltung und Umsetzung dieses Programms. Deshalb stellen sich schon die Fragen: Warum hat das Programm die Erwartungen vieler Betriebe nicht erfüllt? Warum wurden die Mittel nicht in dem Umfang abgerufen, wie ursprünglich erhofft und auch eingestellt? – Die Antwort liegt nicht darin, dass unsere Landwirte nicht bereit wären, in Tierwohl zu investieren. Die Antwort liegt vielmehr darin, dass die Rahmenbedingungen vielfach nicht gepasst haben: zu viel Bürokratie, zu komplizierte Fördervoraussetzungen, zu lange Genehmigungsverfahren und zu wenig Planungssicherheit für die Betriebe.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn die GRÜNEN heute Planungssicherheit fordern, sollten sie auch erklären, warum das von ihnen mitverantwortete Programm diese Planungssicherheit gerade nicht in ausreichendem Umfang geschaffen hat. Eines ist doch offensichtlich: Ein Förderprogramm alleine baut noch keinen Stall um. Entscheidend ist, ob die Programme in der Praxis funktionieren.

Wir investieren tatsächlich in das Tierwohl. Viele Haltungssysteme wurden wesentlich verbessert, zum Wohl der Tiere, aber auch zum Wohl der landwirtschaftlichen Betriebsleiter, die es dadurch bei der Arbeit wesentlich leichter haben. Solche Symboldebatten helfen uns doch keinen Schritt weiter. Genau deswegen greift der Antrag der GRÜNEN zu kurz.

Ich brauche nicht alles zu wiederholen, was meine Vorrednerin ausgeführt hat. Wir haben zum 1. September 2026 wieder ein Programm aufgelegt, das den Umbau der Ställe zur Steigerung des Tierwohls massiv fördert. Wir haben dieses Programm wie-

der unter das Programm der GAK-Mittel gestellt. Wir haben hier eine Mitfinanzierung, können aber auch die Umsetzung dieser Programme mitgestalten.

Von unserer Seite ist ganz klar: Die FREIEN WÄHLER stehen zu den bäuerlichen Familienbetrieben. Wir wollen eine Landwirtschaftspolitik, die praktikabel ist, die Investitionen ermöglicht und die den Menschen auf den Höfen Perspektiven gibt. Wir bleiben beim Votum des Ausschusses. Aus diesen Gründen lehnen wir diesen Antrag wieder ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Ruth Müller für die SPD-Fraktion. Bitte schön.

Ruth Müller (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir werden diesem Antrag zustimmen, nicht, weil wir jede Formulierung teilen, sondern weil der Kern richtig ist. Wer von unseren Landwirtinnen und Landwirten mehr Tierwohl verlangt, muss ihnen auch Planungssicherheit und Verlässlichkeit bieten. Genau daran fehlt es seit Jahren. Die Betriebe investieren nicht für ein oder zwei Jahre. Wer einen Stall umbaut, plant für mehrere Jahrzehnte und oft für die nächste Generation. Deshalb brauchen unsere Tierhalter klare Rahmenbedingungen, auf die sie sich verlassen können.

Die Borchert-Kommission hat bereits vor Jahren einen Weg aufgezeigt, wie der Umbau der Tierhaltung gelingen kann: mehr Tierwohl, wirtschaftliche Perspektiven für die Betriebe und eine verlässliche Finanzierung. Viele Verbände, Praktikerinnen und Praktiker und auch wir als SPD haben diesen Weg unterstützt. Es war die letzte Bundesregierung, die erstmals erhebliche Mittel für den Umbau der Tierhaltung bereitgestellt und damit einen Einstieg in die Umsetzung dieser Empfehlungen geschaffen hat. Das war sicher nicht perfekt, aber es war ein Anfang. Deshalb verstehe ich die Sorgen der Betriebe sehr gut, wenn Förderbedingungen verändert oder Förderzeiträu-

me verkürzt werden. Wer investiert hat oder investieren möchte, braucht Vertrauen in politische Zusagen.

(Unruhe)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Ich bitte Sie, die Gespräche einzustellen. Die Sitzung dauert nicht mehr lange.

Ruth Müller (SPD): Gleichzeitig sollten wir heute nicht so tun, als wäre das allein ein Problem des Bundes. Auch Bayern hat jahrelang erklärt, wie wichtig Tierwohl ist. Dann muss man sich aber auch fragen lassen: Wo ist eigentlich der eigene Beitrag, wo sind die zusätzlichen Landesmittel, und wo sind die Initiativen, die den Betreibern vor Ort helfen?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Tierwohl ist keine parteipolitische Frage. Die Verbraucherinnen und Verbraucher erwarten bessere Haltungsbedingungen. Die Landwirte brauchen dafür wirtschaftliche Perspektiven. Unsere Betriebe verdienen eine Haltung, die ihrem Wohl gerecht wird. Deshalb brauchen wir endlich einen langfristigen und verlässlichen Finanzierungspfad, orientiert an den Empfehlungen der Borchert-Kommission und gemeinsam getragen von Bund und Ländern. Die Landwirte und Landwirtinnen haben ein Recht darauf, dass Politik nicht alle paar Jahre die Richtung wechselt.

Über Tierhaltung wird in diesem Haus immer wieder viel gesprochen. Heute geht es aber auch um eine politische Haltung. Denn wer von den Betrieben Investitionen verlangt, darf die Betriebe anschließend nicht im Regen stehen lassen. Deshalb stimmen wir dem Antrag zu. – Danke und schönen Feierabend.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Der federführende Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD-Fraktion. Gegenstimmen bitte anzeigen! – FREIE WÄHLER, CSU, AfD. Stimmenthaltungen? – Gibt es nicht. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir sind am Ende der Tagesordnung. Ihnen einen schönen Abend. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 20:49 Uhr)